

Streit um Beobachter

Während US-Präsident Barack Obama den Sturz des syrischen Präsidenten will, kritisiert Moskau die westliche Einmischung

Von Karin Leukefeld, Damaskus

US-Präsident Barack Obama hat bei einem Treffen am Mittwoch in Washington dem jordanischen König Abdullah II. ausdrücklich dafür gedankt, daß dieser in einem Interview mit der britischen BBC im vergangenen November als Erster den syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad zum Rücktritt aufgefordert hatte. Die USA würden weiterhin »sehr eng mit Jordanien zusammenarbeiten, um internationalen Druck und ein Klima zu erzeugen, daß die derzeitige syrische Führung zum Rücktritt ermutigt«, sagte Obama. Dann könne ein »demokratischer Übergangsprozeß« eingeleitet werden. Das Onlinemagazin Middle East faßte seine Worte weniger diplomatisch zusammen: »US-Präsident will Anstrengungen verdoppeln, um einen Regimewechsel in Syrien zu erzwingen«.

Unterdessen zeigte sich am Dienstag das Außenministerium in Damaskus »überrascht« über Äußerungen des Emirs von Katar, der einen arabischen Truppeneinsatz in Syrien gefordert hatte. Die Entsendung ausländischer Einheiten werde die Lage verschärfen und einer fremden Einmischung in die syrischen Angelegenheiten »die Türen weit öffnen«, hieß es in einer von der staatlichen Nachrichtenagentur SANA unter Verweis auf eine »offizielle Quelle« verbreiteten Meldung. Es wäre bedauerlich, wenn »arabisches Blut in Syrien vergossen würde«. Syrien werde weiter mit der Arabischen Liga kooperieren, umgekehrt sollten jedoch auch die Nachbarstaaten daran festhalten.

Über die bisherige Arbeit der arabischen Beobachtermission soll am kommenden Wochenende am Sitz der Liga in Kairo gesprochen werden. Während einige arabische Staaten die Fortsetzung der Mission wollen und einer zusätzlichen Schulung der Beobachter durch die Vereinten Nationen zustimmen würden, forderte Riad Al-Asaad, der Anführer der »Freien Syrischen Armee«, von seiner Basis in der Türkei aus, der »Fall Syrien« müsse »schnell an den Sicherheitsrat« überwiesen werden. »Um den Frieden zu erhalten«, müßten die Vereinten Nationen »gemäß Artikel 7 der UN-Charta gegen das Regime vorgehen«. Der angesprochene Passus beinhaltet auch die Möglichkeit einer militärischen Intervention. Unterdessen setzen die 163 arabischen Beobachter ihre Arbeit in Syrien unvermindert fort. Täglich sind die Gruppen im Land unterwegs und dokumentieren zahlreiche Gespräche mit Vertretern aller Seiten.

Rußland hat am Montag erneut einen Resolutionsentwurf zur Lage in Syrien im UN-Sicherheitsrat vorgelegt. Medienberichten zufolge wurde dieser jedoch von den USA, Deutschland und Frankreich umgehend als unannehmbar abgelehnt. Sie weisen vor allem zurück, daß für die Gewalt im Land gleichermaßen die Regierung und bewaffnete Gruppen verantwortlich seien. China, Brasilien, Indien und Südafrika unterstützen hingegen den Entwurf. Rußlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte daraufhin am Mittwoch in Moskau vor Journalisten, der Text fordere alle beteiligten Seiten auf, die Gewalt sofort zu beenden und unterstütze einen nationalen Dialog. Der Minister wies jede ausländische Intervention in Syrien zurück. Moskau setze auf eine Verlängerung der arabischen Beobachtermission und die Notwendigkeit eines innersyrischen nationalen Dialogs. Egal, wer Gewalt einsetze, so Lawrow, alle Seiten müßten ihr gewaltsames Vorgehen sofort einstellen. Er

betonte, Rußland werde sich nicht zum Verdacht äußern, es habe trotz eines EU-Embargos Waffen an Damaskus geliefert. Man habe im Einklang mit internationalem Recht gehandelt und lasse sich nicht von einseitigen Sanktionen anderer Länder lenken, sagte er. Zudem sei es inakzeptabel, das »libysche Modell« auf andere Konflikte übertragen zu wollen. Ausdrücklich kritisierte Lawrow den anhaltenden Waffenschmuggel nach Syrien, mit dem bewaffnete Gruppen »und Extremisten« unterstützt würden.

Der libanesischer Fernsehsender Al-Dschadid hatte vor einigen Tagen Interviews mit Waffenhändlern im Libanon ausgestrahlt, die freimütig über ihr »gutes Geschäft« in Syrien berichteten. Besonders heftige Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen und der syrischen Armee finden seit einigen Tagen etwa 35 Kilometer nordwestlich von Damaskus in Zabadani statt. Die Kleinstadt ist ein beliebter Urlaubsort, viele Einwohner sind vor den Kämpfen geflohen. Ein Mann, der als Hausmeister in einer der vielen Villen arbeitet, die zumeist reichen Bewohnern der Golfstaaten gehören, berichtete seinen Angehörigen in Damaskus, die Villen würden von Bewaffneten systematisch geplündert. Ihm sei die Flucht nur gelungen, weil er den Männern Geld gezahlt hab